Mahayana- und Hinayana-Buddhismus spricht, welch ersterer politisierend sei, während letzterer sich Meditation und Askese widme (S. 264). Diese Unterscheidung gilt höchstens von Vietnam, während sich im übrigen Asien, z. B. beim Lamaismus und Zen, bestimmt nicht weniger kontemplative Praxis findet als im Hinayana, das gerade in Süd-asien politisierte. Auch der Vorwurf, daß nur der Hinayana-Buddhismus dem Kommunismus Widerstand leiste, während das Mahayana sich dem Kommunismus mühelos angepaßt habe und seine Gefahr ignoriere (S. 184/5), ist allzu schematisch. Der Verfasser gibt als einzige Ausnahme Tibet an (S. 185), ohne etwa Japan zu erwähnen, dessen starke Mahayana-Gruppen alles andere als kommunistisch eingestellt sind. Der Verfasser erhebt den starken Vorwurf, daß der Buddhismus in toto die Gefahr des Kommunismus ignoriere und bagatellisiere und nicht gegen seine buddhistenfeindlichen Maßnahmen protestiere, und meint, warum er das nicht tue, sei schwer verständlich (S. 184). Es ist in der Tat nicht leicht zu erklären, warum der Buddhismus, in seiner tieferen Ausprägung jedenfalls, von Protesten und Deklamationen nichts hält und von der Anprangerung der Übeltäter der Gegner absieht. In buddhistischer Sicht muß die Heilung nämlich immer beim einzelnen einsetzen, während die Suche nach äußeren Sündenböcken die Heilung und Befriedung nur noch weiter verzögert. Wenn der Buddhismus verfolgt wird, so hat daran, nach buddhistischer Auffassung, allein der Buddhismus schuld, indem er von seinen Idealen abgewichen war. Und ebenso liegt die Wurzel des Kommunismus, in buddhistischer Sicht, allein im Materialismus des Westens und muß dort angegangen werden. Dazu sagt der oben bereits zitierte Missionar sehr treffend:

„Die Buddhisten haben im allgemeinen zwar weniger Angst vor dem Kommunismus als die Katholiken. Ihre Lehre ermahnt sie zudem zur Gewaltlosigkeit,

während die Christen, vor allem die Flüchtlinge aus Nord-Vietnam, die persönlich den Kommunismus kennengelernt haben, sich in diesem Punkt unverträglich zeigen und stets zu einem wahren Kreuzzug bereit sind. Wir glauben, daß sich viele Mißverständnisse aus dieser unterschiedlichen Sicht ergeben.“ (S. 283)

Im übrigen bietet das Buch jedoch mancherlei Material zum besseren Verständnis der verfahrenen Situation in Vietnam und ihren extremen Positionen. Der Verfasser zeigt z. B. recht gut, wie der militante katholische Triumphalismus 1963 seine Niederlage erlebte und 1966 der politisierende extreme Buddhismus eine entsprechende Demütigung (S. 273). Oder er zeigt, wie es nicht unmöglich ist, selbst bei einem so fanatischen Diktator wie Diem auch noch positive Aspekte zu finden (S. 122) — allerdings würde man, wenn man dieselben Kriterien objektiver Gerechtigkeit am vietnamesischen Kommunismus oder sogar an Hitler anlegen würde, auch dort positive Ansätze finden können. Gerade die Situation in Vietnam fordert vom Beobachter und Kritiker immer wieder eine starke Anspannung der objektiven Urteilskraft, um nicht in diese oder jene Einseitigkeit zu verfallen. Für dieses Bemühen gibt das Werk von Gheddo nützliche Anregungen und Ansätze. Es wäre gewiß interessant, das um die gleiche Zeit entstandene Werk von Bechert mit den Schilderungen Gheddos über die Rolle des Buddhismus in Vietnam zu vergleichen¹.

Hellmuth Hecker

GREGORY HENDERSON

Korea

The Politics of the Vortex — Harvard University Press — Cambridge, Massachusetts 1968, XIII + 479 Seiten.

Der Verfasser gibt als erstes eine gedrängte, eingehende und einprägsame koreanische Verfassungsgeschichte der

1 H. Bechert, Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus, Bd. 2, Wiesbaden 1967, S. 305—372 (Exkurs über Vietnam).

Neuzeit. In ihr entdeckt er zwei, wie er glaubt, unheilvolle Züge koreanischer Sozialität — „centralism on a homogeneous society“ (193). Das zweite, daß das erste möglich macht, meint die gänzliche Abwesenheit gesellschaftlicher Gebilde mit Ausnahme allenfalls der Familie. Er führt sie zurück auf eine eingewurzelte anti-pluralistische Mentalität, die jede Besonderheit einschließlich Spezialistentum und Arbeitsteilung verwirft (vgl. hierzu aufschlußreich S. 235 „The Generalist Bureaucrat“). Statt solcher Gesellschaft entdeckt der Verfasser eine Unzahl isolierter, machthungriger Individuen, die mit allen Mitteln in einem vernichtenden Konkurrenzkampf nach Teilhaberschaft an der einen zentralen Staatsgewalt streben, so daß sich eine Art von Malstrom („vortex“) vom Grund zur Spitze bildet, der das gesamte Leben beherrscht und verdirbt (vgl. 168: „... the pattern of atomized mobility toward central power“; und 269: „... the upward streaming of the homogenous society“.). Um diesen Hunger sättigen zu können, hat man verhängnisvolle Lösungen nicht gescheut. Einmal ist hier zu nennen eine geradezu groteske Kurzfristigkeit der Amtsinnehabung (237), damit „jeder einmal drankommt“, verbunden mit der Auffassung, daß Langfristigkeit der Amtsinnehabung unanständig ist. Vor allem aber ist in diesem Zusammenhang zu nennen ein Phänomen, das der Verfasser „council government“ nennt (265). Zu solcher Räteherrschaft ist man gelangt, indem man die Staatsfunktionen so weit wie möglich aufspaltete und möglichst viele kollegiale Institutionen schuf. Da keiner dieser Räte seine Zuständigkeit auf eines dieser Partikel beschränkte, vielmehr ein jeder Rat eine Allzuständigkeit für sich in Anspruch nahm; da ferner diese Räte ihre Aufgabe darin gesehen haben, sich gegenseitig, insbesondere aber auch die Regierung in ihrer Tätigkeit zu „hemmen“, konnte es vorkommen, daß man selbst nach einer, über 200 Jahre (sic!) fortgesetzten Diskussion einer wichtigen Frage noch nicht zu einem Entschluß gekommen war. Helfen konnten hier nur noch Autokra-

tie oder fremde Eroberung, wie sie denn auch Korea erlitten hat.

Alle diese Übel, vor allem das „council government“ wuchern, wenn auch in anderer Gestalt, nach Ansicht des Verfassers weiter (193 ff., 269). Gesundung erwartet er allein von einem Entschluß zur Dezentralisation, der die Bildung von kohärenten und spezifischen gesellschaftlichen Gruppen bewirkt, also einen Pluralismus, der sowohl dem Zentralismus wie der zentripetalen sozialen Tendenz ein Ende bereitet.

In jeder Hinsicht handelt es sich um eine Arbeit ersten Ranges, die von Scharfblick und Ernsthaftigkeit zeugt, ohne deswegen für ihre Thesen Anspruch auf unbedingte Gültigkeit zu erheben (269). Vielleicht ist manches zu einseitig gezeichnet. Aber gerade deswegen bereichert die Arbeit die Typologie der neuen Staaten um ein, wohl einzigartiges Muster: Nicht wie überall mehr, sondern weniger monistische Einheit ist hier die Forderung, insbesondere also weniger Homogenität und mehr Heterogenität mit Integration der Individuen weniger im Allgemeinen als im Besonderen. Darüber hinaus enthält das Buch zahlreiche wertvolle Einzelheiten, so daß die Lektüre in jeder Beziehung Gewinn bringt.

Herbert Krüger